



Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz am 5.4.2014

Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) stoppen

Seit 2013 finden Verhandlungen zwischen Vertretern der USA und der Europäischen Union über ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) statt. Anders als bei traditionellen Handelsabkommen stehen jedoch nicht die Zollsenkungen im Vordergrund, sondern die Beseitigung „nichttarifärer Handelshemmnisse“. Dahinter verbergen sich ökologische und soziale Standards ebenso wie die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte. Hinter verschlossenen Türen wird mit dem Ziel einer umfangreichen Deregulierung verhandelt.

Selbst die Befürworter des Abkommens müssen inzwischen zugeben, dass die wirtschaftlichen Gewinne nur gering ausfallen. Demgegenüber stehen jedoch gerade in der Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik erhebliche Gefahren.

- ***TTIP gefährdet die Erfolge der Umweltbewegung und setzt die falschen Zeichen für Landwirtschaft und Verbraucherschutz***

„Nichttarifäre Handelshemmnisse“ sind oft nichts anderes als soziale und ökologische Standards, die von der Umweltbewegung in zum Teil jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpft worden sind. Dabei geht es nicht um die Gestaltung von Außenspiegeln und Blinkern an Autos, wie dies verniedlichend von Befürwortern des TTIP dargestellt wird, sondern um solche zentralen Projekte wie das Europäische Chemikalienrecht, die Frage gentechnisch manipulierter Organismen oder den Einsatz von Hormonen in der Tiermast. Würden hier die europäischen Standards aufgeweicht, wären in Deutschland zum Beispiel dem Chlorhühnchen, der Gentechnik-Nahrung und Wachstumshormonen in der Tierzucht Tür und Tor geöffnet.

Im Zentrum der Diskussion steht das Vorsorgeprinzip, der Grundpfeiler europäischer Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Danach kann und soll der Staat bereits Auflagen oder Verbote erlassen, bevor ein eindeutiger Nachweis der Schädlichkeit eines Produktes oder Verfahrens erbracht worden ist. Die Beweislast liegt beim Hersteller bzw. Importeur eines Stoffes bzw. Produktes. Das US-Recht geht den umgekehrten Weg: ein Produkt oder Verfahren gilt so lange als ungefährlich bis seine Schädlichkeit erwiesen ist. Die Beweislast liegt hier beim Staat. Zusätzlich zu dieser hohen Unsicherheit hinsichtlich der gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt das U.S.-Recht über Sammelklagen und hohe Schadenersatzforderungen zu zusätzlicher Unsicherheit bei den Unternehmen. Schon in der Vergangenheit haben U.S.-Konzerne und -Regierungen immer wieder versucht, das Vorsorgeprinzip anzugreifen, weil es die Basis hoher europäischer Umwelt- und Verbraucherstandards ist. Nun steht es im Rahmen von TTIP wieder auf der Tagesordnung.

Gleichzeitig würde eine Angleichung der Vorschriften in der Landwirtschaft, bei der Gentechnik, im Pflanzenschutz und in der Tiergesundheit die Zeichen in Richtung einer noch stärkeren Industrialisierung der Landwirtschaft setzen. In Europa liegt die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes bei 12 Hektar, in den USA bei 180 Hektar. Zu befürchten ist, dass eine immer kleinere Anzahl von Akteuren (Agrarkonzerne, Pflanzenschutzmittelproduzenten etc.) vor allem auf den Märkten für Fleisch, Futtermittel und Saatgut dominieren und der Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft und auf handwerkliche Verfahren in der Landwirtschaft weiter steigt.

- ***TTIP ist ein Angriff auf die Demokratie in Europa***

Nicht alle Deregulierungen und Angleichungen von Normen sollen sofort im TTIP selbst vorgenommen werden. Vielmehr will die Europäische Kommission das Abkommen zu einem „lebenden Abkommen“ machen, bei dem „stufenweise nach vorab festgelegten Zielen und einem festen Zeitplan auf mehr Regelungskonvergenz hingearbeitet wird.“¹

Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission soll ein Verfahren der „regulativen Kooperation“ eingeführt werden, das eine umfangreiche Anzeige-, Informations- und Konsultationspflicht für Richtlinien, Verordnungen und weitere Rechtsakte vorsieht. Einbezogen sind auch Rechtsakte der Mitgliedstaaten sowie Positionen z.B. in internationalen Verhandlungen. Als bilaterales Gremium wird ein „Regulatory Cooperation Council“ (RCC) eingerichtet, das aus Behördenvertretern und Handelsrepräsentanten sowie der Kommission und Vertretern des Weißen Hauses bestehen soll. Alle diese Konsultationen sollen bereits vor Verabschiedung der Entwürfe durch die Kommission erfolgen, so dass das Europäische Parlament und der Rat der EU nur Vorschläge vorgelegt bekommen, die bereits durch den transatlantischen TÜV geprüft und für kompatibel befunden worden sind.

Das Demokratiedefizit bei der Erarbeitung des TTIP setzt sich in der Folge bei seiner Umsetzung also weiter fort. Wenn wir also heute zu Recht das Demokratiedefizit in der EU beklagen, dann würde dies durch das TTIP noch potenziert. Am Ende stünde nicht mehr Demokratie, sondern mehr Hinterzimmer und mehr Lobby-Einfluss. Die Demokratie in Europa stünde damit vor ihrer größten Bedrohung seit dem Ende des Kalten Krieges.

Gekrönt wird dies noch mit den vorgesehenen Regelungen zum Investitionsschutz, die Unternehmen die Möglichkeit zu Investor-Staats-Klagen vor Schiedsgerichten eröffnen sollen. Diese Schiedsgerichtsverfahren finden hinter verschlossenen Türen statt ohne Berufungsmöglichkeit. In ihnen können Unternehmen Staaten verklagen, wenn sie der Ansicht sind, dass Entscheidungen der Gesetzgeber oder Behörden eine Enteignung darstellen. Solche Klauseln sind nicht nur zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen, in denen Unternehmen jederzeit vor ordentlichen Gerichten klagen können, völlig überflüssig, sie sind auch ein Instrument, mit dem Parlamente und Regierungen bei Ihren Entscheidungen erpresst werden können.

- ***TTIP fördert das Entstehen einer neuen Blockkonfrontation***

Die EU und die USA vereinigen zusammen knapp die Hälfte der Weltwirtschaft auf sich. Wenn eine derart mächtige integrierte Freihandelszone entsteht, wird dies die internationale Architektur erheblich verändern. Von den Befürwortern des TTIP wird behauptet, dies wäre ein Fortschritt in Richtung auf globalen Freihandel, da die anderen Länder sich den Ergebnissen ja anschließen könnten. Die Vorstellung, dass in einem Wirtschaftsraum mit 800 Mio. Menschen die Regeln definiert werden, denen sich dann die anderen 6,5 Mrd. Menschen auf dieser Welt in Ländern wie z.B. Indien, China, Brasilien, Südafrika und Rußland (BRICS-Staaten) nach Prinzip „Friß Vogel oder stirb“ einfach anschließen, entspricht jedoch weder unserem Verständnis globaler Kooperation noch ist sie realistisch. Viel wahrscheinlicher ist, dass wir vor einer neuen Blockkonfrontation und einer endgültigen Zerrüttung der multilateralen Welthandelsordnung stehen. In den USA wird denn auch offen davon gesprochen, dass sich das TTIP und das parallel verhandelte Abkommen mit einer Reihe von pazifischen Staaten (Trans-Pacific Partnership, TPP) gegen den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg von China richtet. Wir treten stattdessen für multilaterale Verhandlungen ein, die nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation setzen.

1 Mitgliedstaaten billigen bilaterale Handels- und Investitionsentscheidungen zwischen der EU und den USA, Memo Europäische Kommission 13/564 v. 14.06.2013

- ***TTIP gefährdet die europäische Integration***

Das transatlantische Handelsabkommen hat zum erklärten Ziel, das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA zu steigern. Die Zunahme des transatlantischen Handels wird aber auch durch eine Abnahme des Handels innerhalb der EU erkauft. Damit wird eine wesentliche Basis der politischen Integration Europas geschwächt. Schon jetzt wollen Teile der EU (Großbritannien) weniger Integration, andere Teile halten die Solidarität mit südeuropäischen Staaten für unnötige Kosten der politischen Integration. Gleichzeitig wird das Demokratiedefizit der europäischen Institutionen erhöht und damit auch deren Ansehen in der Bevölkerung verringert. Das TTIP hat das Zeug dazu, die europäische Integration nachhaltig zu beschädigen und den alten Konflikt Freihandelszone vs. politische Integration wieder neu aufleben zu lassen. Gerade in einem Land wie Rheinland-Pfalz wissen wir jedoch, wie wichtig die europäische Integration für ein friedliches Zusammenleben in Europa ist.

- ***BUND Rheinland-Pfalz aktiv gegen TTIP***

Intransparente Verhandlungen, in denen demokratisch erzielte Standards ausgehebelt werden, sind undemokratisch. Selbst wenn die Verhandlungsergebnisse später in den Mitgliedstaaten bestätigt werden müssen, geht es dann nur noch um die Zustimmung zu einem Gesamtpaket. Im Gegensatz zu den Umweltverbänden haben laut Medienberichten allein 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang. Deshalb ist es sehr wichtig, auf allen Ebenen während der laufenden Verhandlungen über die TTIP-Verhandlungen zu informieren und Aktivitäten in Netzwerken zu bündeln.

Der BUND ist auf Bundesebene bereits in einem Bündnis von Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Entwicklungs- und Handelspolitik sowie Jugendorganisationen aktiv. Dieses Bündnis hat bereits vielfach den Stopp der Verhandlungen gefordert. Die EU-Kommission hat inzwischen eine Konsultation über die umstrittenen Passagen zum Investorenschutz angekündigt. Die Verhandlungen darüber und über die anderen oben genannten Themenbereiche laufen jedoch unverändert weiter.

Der BUND Rheinland-Pfalz hat das TTIP im Arbeitskreis Wirtschaft intensiv diskutiert, arbeitet im Bundesverband an den dortigen Aktivitäten mit und ist dabei, mit anderen Organisationen ein landesweites Netzwerk zu initiieren.

Die Landesdelegiertenversammlung beschließt, diese Aktivitäten fortzusetzen und zu intensivieren. Hierzu gehört insbesondere

- eine Informationskampagne mit Veranstaltungen vor Ort (wie z.B. bereits in Kaiserslautern geschehen)
- die Bereitstellung von Informationsmaterialien in Abstimmung mit dem Bundesverband
- die Intensivierung der Netzwerkarbeit
- die Durchführung einer Fortbildung für Multiplikatoren gemeinsam mit Partnern im Netzwerk
- die Durchführung von Aktionen zur Europawahl in Abstimmung mit dem Bundesverband.

Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und AK Wirtschaft werden beauftragt, diese Aktivitäten im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchzuführen und die Auseinandersetzung mit dem TTIP zu einem Schwerpunkt der Arbeit des BUND Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 zu machen.